

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1533

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1533



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Newsletter vom 2. 9. 2018

Inhalt

Nötig sind starke Lehrerinnen und Lehrer	1
Bildungsanxiety und Schulstress	3
Der bildungsindustrielle Komplex	5
«Das ist vernichtend»	6
Gesellschaftliches Umdenken tut not	7
Schluss mit der Fixierung aufs Digitale!	8
Lieber später in die 1. Klasse	9
Jeder dritte Schüler leidet an Burn-out-Symptomen	10
Leserbriefe	10
Burnout bei Schülern nimmt erschreckende Ausmasse an	11
Sind da wirklich einfach nur die Eltern schuld?	13
Abwertung des Lehrerberufs	14
Zu wenig Zeit, individuell zu fördern	14
Vieles vergessen	15
Postulat zur Sonderpädagogik im Kanton Zürich	16
Kommentar von Anita Borer	17
Veranstaltungshinweise	17
Öffentlicher Vortrag über aktuelle Schulreformen sowie den Lehrplan 21	17
Schule und Pädiatrie im transkulturellen Spannungsfeld	18
Bildschirmmedien und Kinder	18

Nötig sind starke Lehrerinnen und Lehrer

Die jüngsten Beiträge namhafter Redaktoren grosser Zeitungen zur aktuellen Schulentwicklung lassen aufhorchen. Die Sonntagszeitung berichtet von zunehmendem **Burn-out von Kindern im Primarschulalter**. Im Kommentar nimmt der Chefredaktor kein Blatt vor den Mund. Arthur Rutishauser kritisiert die **unsinnige Betriebsamkeit** an unseren

Schulen mit ihren überladenen Programmen und den überzogenen Erwartungen der Gesellschaft an die Möglichkeiten der Volksschule. Die Bestätigung, dass die Redaktion der Sonntagszeitung den Nagel auf den Kopf getroffen hat, kommt prompt in Form unzähliger Leserzuschriften mit eindrücklichen Schilderungen.

Andere Beiträge befassen sich mit den **gefährlichen Dauerbaustellen unseres Bildungssystems**. Alles, was die Bildungspolitik schon jahrelang vor sich herschiebt, scheint auf einmal diskussionswürdig zu sein. Die fehlenden Heilpädagogen, das gescheiterte Sonderpädagogische Konzept, die Digitalisierung auf allen Stufen, Handyverbote an Schulen und eine bessere Medienerziehung füllen die Forumsseiten. Neu ist, dass die kritischen Beiträge zur Schulentwicklung dominieren. Da wirken die beschönigenden Stellungnahmen der Bildungsdirektion zum Lehrermangel oder zur erfolgreichen Umsetzung des Lehrplans 21 ziemlich blass dagegen.

Offensichtlich scheint die Phase der grossen Versprechungen durch **eine realistischere Sicht der Dinge** abgelöst zu werden. Unzählige beginnen sich die Augen zu reiben und fragen sich, weshalb denn bei vielen Reformschritten der Erfolg noch immer auf sich warten lässt. Selbst bei einigen Lehrerverbänden scheint die Geduld über Reformen, bei denen die Ressourcen fehlen, am Ende zu sein. Ganz gewaltig rumort es bei den Zürcher Lehrerverbänden, die den **superbürokratischen Berufsauftrag** am liebsten bachab schicken würden. Zu Recht schimpft die Basis über die Gängelung durch ein kleinkariertes Steuerungssystem, das die bisherige Eigenverantwortung der Zürcher Lehrerschaft untergräbt.

Doch Schimpfen allein nützt nichts. In Zeiten der pädagogischen Verunsicherung und des Ringens verschiedenster Akteure um die Führung in Schulfragen, braucht es **eine klar vernehmbare Stimme der Lehrerschaft**. Verunsicherte Eltern möchten wissen, was die Lehrerschaft von gewissen Reformen im Schulwesen hält. Ganz unverhohlen stellt die NZZ in ihrer neusten Bildungsbeilage die Frage, wer denn die Schulen regiert. Ist es der „bildungsindustrielle Komplex“ aus pädagogischer Wissenschaft und digitalen Konzernen, wie im Leitartikel ausgeführt wird? Sicher ist, dass eine **kulturell verankerte Pädagogik ein zu hohes Gut** ist, um sie Betriebswirtschaftern und Theoretikern zu überlassen. Schulunterricht ist nicht einfach von oben herab plan- und steuerbar.

Die Lehrerschaft muss in Bildungspolitik und Forschung bei Grundsatzfragen als Dialogpartner auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Dazu braucht es einen besseren Zusammenschluss engagierter Lehrerinnen und Lehrer. Die Vertreter der Lehrerverbände dürfen **einen fairen Kampf nicht scheuen**, wenn es die Sache erfordert. Dabei müssen sie an Resultaten und nicht an Worten gemessen werden. Weit überzogene Bildungserwartungen sind zurückzuweisen und wichtige Neuerungen auf ihren pädagogischen Wert hin zu prüfen. Auch die Lehrerrolle darf mutiger interpretiert werden. Erfolgreiches Unterrichten erfordert gut gebildete Persönlichkeiten, die eine Klasse mit unternehmerischen Qualitäten führen können. **Nicht brav Ausführende** sind gefragt, sondern **starke Lehrerinnen und Lehrer** mit unabhängigem Denken und pädagogischer Begeisterungsfähigkeit.

Liebe Leserinnen und Leser, unser aktueller Newsletter ist ein Spiegel gehaltvoller Beiträge zur aktuellen Schulentwicklung. Gewürzt wird das Ganze mit ausgezeichneten Leserbriefen auf den Forumsseiten der Printmedien. Die Lektüre lohnt sich.

Redaktion „Starke Volksschule Zürich“

Hanspeter Amstutz

Bildungspanik und Schulstress

Journal21, 25.8.2018

Von Carl Bossard

Matura für alle! Das verlangt eine neue Publikation. Gleichzeitig sind viele Schulkinder überfordert und gestresst. Erinnerung sei an ein vergessenes Wort: begabungsgerecht.

Experten schlagen Alarm. Jeder dritte Schüler leidet an Burn-out-Symptomen, schreibt die SonntagsZeitung.¹ Viele Kinder fühlen sich überfordert. Klar und deutlich formuliert es der Kinderarzt Remo Largo: „Man kann Kinder nicht über ihr Begabungspotenzial hinaus fördern, sondern sie höchstens ihr Potenzial realisieren lassen. Eltern und Schule wollen aber mehr.“ Darum würden die Schülerinnen und Schüler mit Druck, Prüfungen und Noten regelrecht drangsaliert.

Kinder können nicht mehr Kinder sein

Mag sein, dass Remo Largo überzeichnet. Vielleicht sogar bewusst. Bedenken gegenüber der Schule gab es immer. Doch der bekannte Kinderarzt und Buchautor ist mit seiner Diagnose nicht allein. Ein wahrer Kern bleibt.

Die Stichworte sind bekannt: Kinder werden heute früher und konsequenter gefördert. Vom zarten Babyalter an. Sie müssen vielleicht nicht mehr Kenntnisse und Kompetenzen haben als einst, aber was sie wissen und können müssen, wird früher gefordert. Noch nie war darum so viel von Frühförderung die Rede: Bildschirm-Spielzeuge für Einjährige, Englisch mit drei Jahren, Ausland-Sprachkurse für Kleine. In der Schule sind Frühenglisch und Frühfranzösisch angesagt. Das hat Konsequenzen: Viele Kinder können nicht mehr Kinder sein.

Alles kommt früher – die Anforderungen steigen

Der Kindergarten beginnt bereits mit vier Jahren. Er mutiert zur (Früh-)Schule. Freies Spiel und Erleben im Sinne Fröbel'scher Pädagogik haben an Wert verloren. Wichtiger werden kognitive Kompetenzen. Kindergärtnerinnen beurteilen ihre Schützlinge mit fünfseitigen Rasterbögen und „Kreuzchen im Kästchen“ – anhand von 26 Kompetenzen zu je fünf Stufen. An erster Stelle steht die Analyse der Selbstkompetenz.

Und so geht es weiter. Auch für das Elterngespräch in einer zweiten Primarklasse bildet ein Kriterienraster die zwingende Grundlage. Es sind 72 Kompetenzen: eine Matrix von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die ein Kind im Rahmen des Lernprozesses zu erlangen hat, aufgeteilt in je drei Niveaustufen. Da steht für das 1./2.-Klasskind zum Beispiel: „Verschiedenartigkeit von Gemeinschaftsformen und Lebensweisen sowie Rollenmuster wahrnehmen.“ Die Primarlehrerin muss diese Kästchen mit Vater und Mutter innert zweier Jahre dreimal durchgehen und ankreuzen.

Die Möglichkeiten des Versagens nehmen zu

Der Druck auf die Kinder wächst. Der Umfang der möglichen Beurteilungen hat enorm zugenommen – formativ wie summativ. Die Testindustrie ist gefragt und boomt. Beurteilt wird nicht nur, ob ein Kind etwas kann, bewertet wird auch sein Lernprozess. Und das in immer mehr Fächern. Jugendliche stehen so unter Dauerbeobachtung; die Möglichkeiten des Versagens nehmen zu.

Dazu kommt, dass moderne Lehrmittel für schwächere und mittelstarke Schüler oft viel zu komplex sind. Da muss experimentiert und hergeleitet, selber herausgefunden und

¹ Fabienne Riklin, Jeder dritte Schüler leidet an Burn-out-Symptomen, in: SonntagsZeitung, 19.08.2018.

selbstorganisiert gelöst werden. Dafür wird nicht mehr intensiv trainiert, was wirklich wichtig ist; fürs Üben bleibt weniger oder kaum Zeit. Entsprechenden Zulauf haben die Lernstudios. Die Ferienzeit wird nicht selten zur Nachhilfezeit.²

Statusangst der Eltern als Zukunftsangst für die Kinder

Der binnenschulische Paradigmenwechsel verbindet sich vielfach mit den gestiegenen Erwartungen der Eltern: Die Kinder sollen die sozioökonomische Position ihrer Herkunft zumindest halten. Es ist die Angst vor dem sozialen Abstieg. „Statuspanik“ und „Bildungsangst“ nennt dies der Soziologe Heinz Bude: Bildung als Positionsgut in den verschärften gesellschaftlichen Prestigekämpfen.³ Wenn alle zur Bildung gelangen und alle ein Attest in den Händen halten, sinkt der Wert des eigenen Diploms: Inflation von Bildungszertifikaten als Folge der Bildungsexpansion.

Der unaufhaltsame Drang ans Gymnasium

Entsprechend wächst der gesellschaftliche Drang ans Gymnasium. Allerdings variiert die Maturitätsquote innerhalb der Kantone stark: zwischen 11.7 Prozent im Kanton Glarus und 32.1 Prozent in Basel-Stadt (2016). Für viele ist die Matura eine *Conditio sine qua non*. Doch ein Drittel schafft es nur mit Nachhilfeunterricht. Manche sind überfordert.

„Ein beachtlicher Teil der Gymnasiasten verfügt nicht über die nötige Intelligenz“, schreibt die ETH-Forscherin Elsbeth Stern.⁴ Das erste Studienjahr wird häufig zum Selektionsjahr. Und die Anzahl der Maturanden, die durchs Studium fallen, ist hoch. Nicht umsonst gibt Stefan Wolter, Leiter der Forschungsstelle für Bildungsökonomie an der Universität Bern, zu bedenken: „Das System ist in Schiefelage geraten.“⁵ Höhere Quoten gehen oft mit sinkenden Ansprüchen einher. Anzustreben wäre eine Studierquote von rund 20 Prozent.

Matura für alle? Frankreich macht's vor!

„Mehr Maturanden, bitte!“, fordert Professor Philipp Sarasin, Universität Zürich. Deziert verlangt er für eine breite Bevölkerungsschicht den Zugang zum Gymnasium. Sich diesem Imperativ zu widersetzen sei „Ausdruck einer ebenso dummen wie zynischen Bildungsverachtung eines kleinen Herrenvolkes“, hält er fest.⁶ Gar eine „Matura für alle!“ postuliert eine neue Publikation.⁷

Wohin das führt, zeigt Frankreich: 85 Prozent des gesamten [Schulabschluss-] Jahrgangs schafften 2016 die Matura, so viele wie noch nie zuvor. Das ist wahrscheinlich Weltrekord. Doch nach der Grundschule haben viele französische Schüler Schwächen im Lesen und Schreiben. Und bei den internationalen Vergleichen fällt Frankreich immer weiter zurück.⁸

Pädagogischer Egalitarismus bedeutet Nivellierung

Das Land der „Egalité“ kann kein Vorbild sein, obwohl die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD mit ihren Sibyllen und Propheten die Schweiz wegen ihrer niedrigen Maturaquote regelmässig rügt. 2016 erwarben im Übrigen schweizweit 38.6 Prozent der jungen Erwachsenen einen Maturitätsabschluss: 20.8% die

² Schulferien: Ferienzeit ist Nachhilfezeit, in: SRF, 31.07.2018.

³ Heinz Bude (2011), Bildungsangst. Was unsere Gesellschaft spaltet. München: Carl Hanser Verlag, S. 97.

⁴ Michael Schönenberger, «Die Schweiz ist ein Ort der Seligen», in: NZZ, 29.07.2017.

⁵ Yannick Nock, So viele Maturanden wie nie: Für die Uni sind aber längst nicht alle reif, in: Schweiz am Sonntag, 12.06.2016.

⁶ Philipp Sarasin (2011), Das Gymnasium ist kein Luxus. Konzeptfehler der schweizerischen Bildungspolitik, in: Andreas Pfister (Hrsg.), Das Gymnasium im Land der Berufslehre. Zug, S. 34.

⁷ Andreas Pfister (2018), Matura für alle! Wie wir das Geissenpeter-Syndrom überwinden. Embrach: Arisverlag.

⁸ Jürg Altwegg, Geschlechterpolitik. Wie man eine Frau wird, in: FAZ, 05.10.2016.

gymnasiale Matura, 15.1% die Berufsmatura und 2.7% eine Fachmaturität.⁹

Das Prinzip des pädagogischen Egalitarismus bedeutet Nivellierung nach unten (eine andere kann es nicht geben), ja Negierung der Ansprüche. Doch die Schule muss den Unterschieden gerecht werden.

Zwischen elterlichem Anspruch und kindlichem Potenzial

Viele Wege führen darum zu Bildung und zu einem Beruf. Das Schweizer Bildungssystem ist breit gefächert und durchlässig ausgebaut – mit unterschiedlichen Passagen und Passerellen. Wegweisend ist das chancengerechte Prinzip: Jeder Abschluss führt zu einem Anschluss.

Warum? Wissen und Können wollen wachsen, und Wachsen braucht Zeit. Wissen und Können wachsen nicht bei allen Kindern und Jugendlichen gleich schnell und in die gleiche Richtung. Darum öffnen sich am Ende der Primarschulzeit verschiedene Wege. Eines ist bei allen Wegen wichtig: Begabungsgerecht sollen sie sein und in eine berufliche Zukunft führen. Ein begabungsgerechter Unterricht kennt kaum Überforderung. Manches Unbehagen an der heutigen Schule (und im Elternhaus) würde wohl verschwinden.

Weniger ist oft auch schulisch mehr

„Eltern und Schule wollen mehr“, sagt Remo Largo, „sie wollen Kinder optimieren – das ist nicht möglich.“ Sein eindringlicher Ruf richtet sich an Eltern wie Politiker. Weniger ist auch auf dem schulischen Lernweg manchmal mehr. Die Wege bleiben trotzdem offen.

Der bildungsindustrielle Komplex

NZZ 31.8.2018, Wochenende, Bildung

Gibt es ein globales Netzwerk, welches das traditionelle pädagogische Establishment aushebelt und die Ökonomisierung der Schule

Von Martin Beglinger

Es ist ein eher unscheinbarer Mann, der kurz vor den Sommerferien in der Aula der Universität Zürich ans Mikrofon tritt. Richard Münch, 73, emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Bamberg, ist kein grosser Redner, doch was er am Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung zu sagen hat, das hat es in sich. Es geht um den bildungsindustriellen Komplex, wie Münch ihn nennt, angelehnt an den berüchtigten militärisch-industriellen Komplex, vor dessen zersetzendem Einfluss auf die Demokratie der damalige US-Präsident Eisenhower in seiner berühmten Abschiedsrede im Jahr 1961 gewarnt hatte. Und als Warnung will auch Münch verstanden wissen, was er in Zürich wie in seinem neuen Buch mit dem gleichnamigen Titel präsentiert.

Es seien, so der Soziologe, schon lange nicht mehr die Aufklärer, die die Bildungsdebatten von heute dominierten, sondern Ökonomen wie der amerikanische Nobelpreisträger Gary Becker, der bereits 1964 seine Theorie des Humankapitals entwickelte. Der inzwischen verstorbene Becker verstand Bildung als Investition, die für den Einzelnen rentiert – vor allem in Form eines höheren Lohnes. Unterdessen ist dieser Gedanke Allgemeingut und die «Forderung nach mehr Bildung zum globalen Mantra der Wissensgesellschaft»

⁹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/bildungsindikatoren/bildungssystem-schweiz/themen/abschluesse/maturitaetsquote.html>
[Status: 24.08.2018]

(Münch) geworden. Umso mehr gelte die Schule heute als Rohstofflieferantin von Humankapital und sei dadurch zu einem «Kampfplatz im internationalen Wettbewerb» geworden.

Zugleich sieht Richard Münch seit der Ära Thatcher/Reagan einen «neoliberalen» Zeitgeist am Werk, der eine tektonische «Verschiebung vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat» bewirkt habe, mit ebenfalls einschneidenden Konsequenzen für die Schule. Von ihr werde seither verlangt, alle Kinder fit zu machen für den späteren Wettbewerb. Mehr Investitionen in die Bildung und im Gegenzug weniger Sozialstaat, das ist das politische Kalkül der Verfechter des «Wettbewerbsstaates». Mit der Lehre des New Public Management (NPM) wiederum, die öffentliche Verwaltungen dank Methoden aus der Privatwirtschaft effektiver und effizienter machen will, sollen die Schulen besser gesteuert werden; eine Vorstellung, die gerade auch bei sozialdemokratischen Reformern wie Tony Blair auf grossen Anklang stiess. Alles in allem ist für Münch nicht weniger als eine «Verdrängung des traditionellen pädagogischen Establishments» durch eine «ökonomische Regierung der Schule» im Gange.

Eine romantische Verklärung?

So weit also die Sicht des Soziologen. Während viele Lehrerverbände und traditionelle Erziehungswissenschaftler seiner Analyse kräftig applaudieren, steht Münch bei etlichen Bildungsforschern als Romantiker im Verdacht. Der Schweizer Bildungsökonom Stefan Wolter zum Beispiel meint: «Hinter der Kritik an der angeblichen Ökonomisierung der Schule steckt die romantische Vorstellung einer dezentralen Selbststeuerung, wo jede Lehrperson und jede Schule tun und lassen kann, was sie will, ohne Aufsicht und Konsequenzen.» Dorthin wolle er, Wolter, aber keinesfalls zurück. Münch wiederum weist solche Kritik im Gespräch mit der NZZ weit von sich. Auch das frühere pädagogische Establishment sei «keineswegs der Himmel auf Erden. Es favorisiert eine Form von Bildung, Schule und Unterricht, die leicht dazu neigt, um sich selbst zu kreisen und aus dem Auge zu verlieren, was in der Welt da draussen passiert.»

Und was erkennt der Soziologe dort? Ein «weltumspannendes Netzwerk», das aus Think-Tanks, Stiftungen, internationalen Organisationen, der «Bildungs- und Testindustrie» sowie Policy-Unternehmen bestehe und «neoliberale Bildungsreformen» vorantreibe. «In diesen Netzwerken werden Wissen und Informationen verbreitet, Unterstützung mobilisiert, Gelder verfügbar gemacht, Loyalitäten und wechselseitige Verpflichtungen geschaffen. Think-Tanks stellen Wissen, Informationen und Reformprogramme zur Verfügung, Stiftungen fördern mit ihrem Geld Reformprogramme, Advocacy-Groups mobilisieren die Öffentlichkeit und rekrutieren Unterstützer für die Durchführung dieser Programme.»

Münch nennt auch Ross und Reiter: [Mehr...](#)

«Das ist vernichtend»

NZZ 31.8.2018, Wochenende, Bildung

Die Antworten der Bildungsforscher über die Wirkung der Schulreformen der letzten zwanzig Jahre in der Schweiz sind ernüchternd.

Martin Beglinger

Wer nach der Wirkung von Schulunterricht fragt, braucht noch lange kein unverbesserlicher Erbsenzähler zu sein, den einzig «Bildungsrenditen» interessieren. «Es

gibt einen berechtigten Anspruch auf Antworten», sagt der Erziehungswissenschaftler Jürgen Oelkers. Der Mann, der im Auftrag von Bund und Kantonen nach Antworten sucht, ist Stefan Wolter, Leiter der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung. Der Bildungsökonom hat vor kurzem den «Bildungsbericht Schweiz 2018» vorgelegt, bereits den dritten nach 2010 und 2014. Dieser Wälzer mit vielen Grafiken und Statistiken liefert die Basis für die künftige Schweizer Bildungspolitik.

Frage also an Stefan Wolter: Welche Reformen in der Volksschule haben in den letzten zwanzig Jahren funktioniert?

Antwort: «Wir wissen es nicht. Es gibt so gut wie keine wissenschaftlichen Studien über ihre Wirkung.»

Das heisst, man hat zwanzig Jahre lang mit riesigem Aufwand an diesem Bildungssystem herumgeschraubt, ohne die Effekte wirklich zu kennen?

«Ja. Das ist vernichtend, aber es ist so», sagt Wolter und bleibt dabei erstaunlich gelassen. Zum besseren Verständnis holt er zu einem Exkurs über das Kleingedruckte in der Bildungsforschung aus. Wer wirklich robuste empirische Studien über Effekte machen wolle, der müsse dies ähnlich wie die Medizin mittels einer «randomisiert kontrollierten Studie» tun. In einem Schulversuch müssten also Klassen und Lehrpersonen per Zufall ausgewählt und dann mit einer Kontrollgruppe verglichen werden, die nicht an der betreffenden Reform beteiligt ist. Erst dann sind für Wolter solide Aussagen über kausale Wirkungen möglich. In den USA oder in Kanada arbeite die Bildungsforschung längstens nach diesem «Goldstandard», sagt Wolter, in der Schweiz hingegen sei man wie in ganz Europa «Lichtjahre davon entfernt». Dahinter steckt ein alter Konflikt zwischen empirisch arbeitenden Bildungsforschern, wie sie in den USA das Feld dominieren, und europäischen Erziehungswissenschaftlern, die sich als klassische Geisteswissenschaftler verstehen. [Mehr...](#)

Gesellschaftliches Umdenken tut not

NZZ 28.8.2018, Meinung & Debatte

GENF DEHNT DAS SCHULOBLIGATORIUM BIS ZUM 18. GEBURTSTAG AUS

Antonio Fumagalli

95 Prozent – diese Zahl steht seit 2006 wie ein Fixstern am Schweizer Bildungshimmel. So hoch müsse der Anteil aller 25-Jährigen sein, die über einen Erstabschluss auf der Sekundarstufe II verfügten, legten Bund, Kantone und Arbeitgeber damals fest. Vereinfacht gesagt sollen also so gut wie alle jungen Menschen hierzulande einen Lehrabschluss, ein Fachmittelschuldiplom oder eine Matura in der Tasche haben, weil dies ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nachweislich erhöht.

Einige ländliche Kantone überschreiten diese Quote, viele andere kommen ihr recht nahe. Genf hingegen findet sich nicht nur geografisch, sondern auch in Bezug auf diese Statistik am äussersten Zipfel der Schweiz. Mit einer Abschlussquote von 83,1 Prozent hinkt es der Restschweiz hinterher und versucht nun aufzuholen, indem es das Ausbildungsobligatorium bis zum 18. Geburtstag ausdehnt. Eine ganze Palette von neuen Angeboten soll den Schulabbruch künftig verhindern.

Ob neue Vorbereitungskurse, Schnupperlehren und Individualbetreuung die adäquate Medizin sind, um die Jungen in Scharen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wird in ein paar Jahren die Statistik zeigen. Zweifel sind jedoch berechtigt – denn das Genfer

Grundproblem liegt anderswo.

Mehr noch als bei der Abschlussquote ist der Kanton nämlich beim Maturitätsanteil ein statistischer Ausreisser: Nirgends sonst absolvieren so viele Junge eine gymnasiale Matur, hinzu kommen Tausende Fachmittelschuldiplome und Abschlüsse an internationalen Schulen. Insgesamt absolvieren nicht weniger als 53 Prozent einen allgemeinbildenden Ausbildungsgang – mehr als doppelt so viele wie im Schweizer Durchschnitt und immer noch markant mehr als in der umliegenden Waadt.

Da nicht davon auszugehen ist, dass Genfer einfach die klügeren Köpfe sind als die übrigen Schweizer, liegt der Schluss auf der Hand, dass die Eintrittshürden für die Maturitätsstufen deutlich niedriger sind als in anderen Kantonen. Gleichzeitig ist auch die Schulabbruchquote, gerade im Gymnasium, überdurchschnittlich hoch. Das führt zuweilen zu dem perversen Effekt, dass Lehrmeister ihre Ausbildungsplätze für die abbrechenden Gymnasiasten «zurückhalten», statt sie an Sekundarschüler zu vergeben.

Aus humanistischer Sicht klingt die Haltung, dass jeder alles einmal ausprobieren darf, sympathisch. Der Mensch als freies Wesen, das auch einmal scheitern darf. Den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entspricht sie jedoch nicht – und sie ist teuer. Wenn die neue Genfer Schulpflicht nun einige Problemschüler näher zu einer Lehrstelle führt, ist nichts dagegen einzuwenden. Effizienter wäre jedoch, den Hebel schon viel früher anzusetzen. Sprich: Die Eintrittshürden fürs Gymnasium müssten massiv erhöht werden. Das würde nicht nur die Anzahl der Schulabbrecher verringern, die fortan mit dem Stigma des Scheiterns leben müssen und manchmal in eine richtiggehende Negativspirale abdriften. Es würde vor allem auch die Attraktivität der klassischen Lehre erhöhen.

Von heute auf morgen kann das nicht gehen, neben politischen Weichenstellungen braucht es auch gesellschaftliches Umdenken. Solange – beeinflusst vom nahen Frankreich – der gymnasiale Weg als alleinseligmachender in den Köpfen verharret, ist dem Phänomen nur schwer beizukommen. Den Preis bezahlt die Allgemeinheit über höhere Sozialausgaben – und all diejenigen Jugendlichen, die auf einen eigentlich unpassenden Weg geschickt wurden und nur mit Mühe wieder davon abkommen.

Schluss mit der Fixierung aufs Digitale!

FAZ 8.8.2018

Tablets und Handys haben im Unterricht nichts zu suchen. Sie sind dort nicht einmal rechtlich erlaubt. Wie lässt sich digitale Technik intelligent in der Schule einsetzen?

Ralf Lankau, Professor für Medienpädagogik an der Hochschule Offenburg.

Das Handyverbot an französischen Schulen ist in der deutschen Bildungspolitik überwiegend auf Ablehnung gestoßen. Was die Kultusministerkonferenz (KMK) selbst unter fortschrittlichem Unterricht versteht, machte im Dezember 2017 eine Pressemeldung mit dem plakativen Titel «Erfolgreicher Unterricht ist digital – aber nicht ausschliesslich» deutlich. Wer den Stand der Forschung kennt, wunderte sich. Als Kriterien für gelungenen Unterricht gelten bislang Qualifikation und Persönlichkeit der Lehrkräfte, strukturierter Unterricht und ein lernförderliches Klima. Nicht relevant: die Anzahl von Computern oder Tablets. [...]

Statt über technische Details und mögliche Unterschiede zwischen einzelnen Datensammlern zu diskutieren, sollte man Grundsatzfragen stellen: Was sollen Schüler

genau am Rechner lernen? Tippen, Wischen und Youtube-Videos schauen können sie ohne Anleitung. Ist das Ziel hingegen die Vermittlung von informationstechnischem Wissen und echtem Können, sind „Geräte der Unterhaltungselektronik für Erwachsene“, wie der verstorbene Apple-Chef Steve Jobs Smartphones und Tablets nannte, ungeeignet.

Wer Digitaltechnik als Werkzeug und den professionellen Umgang damit vermitteln will, setzt besser „echte“ Rechner (Desktop und Laptop) ein. Sie funktionieren lokal ohne Internetanschluss, womit der DSGVO entsprochen wird. Es ist zugleich pädagogisch wie psychologisch sinnvoll, zwischen Arbeits- und Konsumgeräten zu unterscheiden. PCs kann man selbst konfigurieren und defekte Teile tauschen. Die Geräte werden so entzaubert. Ein derartiger Umgang mit Technik ist umweltfreundlicher und intelligenter, als alle zwei Jahre komplette Sätze von Tablets oder Smartphones zu entsorgen.

Außerdem spricht gegen Tablets und Smartphones, dass die darauf installierte Software in der Regel nicht gekauft, sondern als Online-Dienst abgerufen wird. Wer solche Applikationen nutzen will, muss sich in der Cloud anmelden und arbeitet mit seinen Daten in dieser „Wolke“, also Serverfarmen im Netz. Das liefert den Cloudbetreibern und App-Entwicklern wertvolle Daten, ohne dass Nutzer das verhindern könnten. Um den nicht kontrollierbaren Datentransfer in solche Datenspeicher zu unterbinden, empfiehlt sich für Schulen der Umstieg auf lokal geschlossene Installationen als Intranet. [...] [Mehr...](#)

Lieber später in die 1. Klasse

Sonntagszeitung 26.8.2018

Bei der Einschulung gibt es grosse kantonale Unterschiede. Oft wollen Eltern ihren Kindern Vorteile verschaffen.

Sitzen bleiben, zurückstellen – zwischen den Kantonen gibt es grosse Unterschiede bei der Versetzung der Kindergärtler in die nächste Stufe. Erstmals haben Bildungsforscher untersucht, wie alt die Schüler im Durchschnitt sind, wenn sie nach dem Chindsgi die erste Primarschulklasse besuchen. [...]

Klar ist: Mit einer Rückstellung verschaffen Eltern ihren Kindern handfeste Vorteile. Schon bei einer regulären Einschulung beträgt die Altersspanne zwischen dem ältesten und dem jüngsten Kind in einer Klasse knapp zwölf Monate. «Wenn ein Kind ein Jahr zurückgestellt wird, kann sich dieser Altersunterschied auf zwei Jahre erhöhen», sagt Bildungsforscher Wolter. «Bei Promotionsentscheiden, etwa nach der sechsten Klasse, wo entschieden wird, wer ins Gymnasium, in die Sekundar- oder Realschule kommt, kann ein solcher Altersvorsprung der ausschlaggebende Punkt sein, warum ein Schüler besser ist als die Kollegen», sagt Wolter. «Nicht weil er intelligenter ist, sondern weil er einen Entwicklungsvorsprung hat.»

Gerade bei gut ausgebildeten Eltern hat sich das herumgesprochen. Sie haben diese Rechnung längst gemacht. Wie viele diesen Trick bewusst anwenden, um für ihr Kind einen Vorteil herauszuholen, lässt sich nicht feststellen.

Fakt ist: Die Rückstellungsgesuche der Eltern nehmen zum Teil zu. In der Stadt Zürich stieg die Zahl in den letzten drei Jahren von 121 auf 203, eine Zunahme um fast 70 Prozent. Die Rückstellungsquote bei den Zürcher Knirpsen erhöhte sich innert Jahresfrist von 3,5 auf 4 Prozent. [Mehr...](#)

Jeder dritte Schüler leidet an Burn-out-Symptomen

Sonntagszeitung 18.8.2018

Nadja Pastega

Kindergärtler klagen über Bauchweh, Primarschüler haben regelmässig Kopfschmerzen – viele Volksschüler zeigen Überforderungssymptome.

Manchmal zieht sich dieses Gefühl von Überforderung durch ihren Alltag. In letzter Zeit immer öfter. «Ich kann seit drei Wochen nicht mehr schlafen, habe ständig Angstattacken, Atemnot und Schwindel», sagt die 15-jährige Oberstufenschülerin. «Ich kann fast nicht mehr in die **Schule** gehen.»

In Zahlen

- 30** Prozent der elfjährigen Schüler in der Schweiz leiden unter Schlafproblemen.
- 649** ambulante Notfälle gingen 2017 bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie Zürich ein.
- 45** Minuten pro Woche sollen Kinder von der 3. bis 6. Klasse maximal für Hausaufgaben aufwenden.
- 10** Jahre alt sind die Jüngsten, die sich beim Sorgentelefon der Pro Juventute melden.
- 8'000'000** Franken will die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz nächstes Jahr in die psychische Gesundheit investieren.
- 30** Prozent der Jugendlichen, die vergangenes Jahr beim Sorgentelefon 147 anriefen, hatten schwerwiegende persönliche Probleme.

[Mehr...](#)

Leserbriefe

Sonntagszeitung vom 25.8.2018, Leserbriefe

Der eindrucksvolle Bericht überrascht nicht. Es waren stets genug Stimmen zu hören, welche bei verschiedenen Schulreformen warnten, aber die Erziehungsdirektorenkonferenz bzw. die verantwortlichen Bildungsfachleute wollten nicht hören. Chefredaktor Rutishauser hat recht: Zwei Fremdsprachen ab der 5. Klasse bringen für die meisten Kinder eine klare Überforderung. Ebenso ungünstig wirken sich ferner mehrere Bezugspersonen aus, und das mit dem Lehrplan 21 verlangte «selbstorganisierte Lernen» übersteigt wohl bei vielen Schülerinnen und Schülern die Fähigkeiten bei weitem. Es wäre deshalb zu begrüssen, wenn auch die Eltern und die breite Lehrerschaft energischer und mutiger gegen das zu viel und gegen verfehlte Reformen Stellung nehmen würden. Sie legen ihre Macht viel zu wenig in die Waagschale, denn manchenorts ist die Basis unzufrieden, wagt es aber trotz latentem Lehrermangel nicht, gegenüber Behörden und Schulleitungen aufzumucken.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Von der Integration aller Kinder in Regelklassen und der durch den Ausbau von Förderunterricht entstandenen Unruhe im Klassenzimmer, der Einführung der 11-jährigen obligatorischen Schulpflicht und damit der eigentlichen Abschaffung des Kindergartens, der Einführung eines Stundenplanes von vier Morgenlektionen schon für Vierjährige, der Aufblähung der Bürokratie durch Schulleitende und Sozialarbeitende, der in unserem Kanton Bern einmaligen Subventionierung von Tagesschulplätzen auch für Eltern mit

160'000 Franken steuerbarem Einkommen, der Einführung des untauglichen Frühfranzösischlehrmittels bis zum kompetenzorientierten Lehrplan 21 ohne Jahresstoffziele und der Änderung der Ausbildung von Lehrpersonen zu Lernbegleiterinnen und -begleitern wurde in den letzten Jahren unsere Schule zum Experimentierfeld von einigen selbst ernannten Bildungsexperten und insbesondere der Wirtschaft (Economiesuisse). Erst langsam manifestieren sich die Folgen dieser Reformitis an unseren Schulen, wie zum Beispiel mit Burn-out-Symptomen. Die Umwälzung in unserer Bildungslandschaft (nach Pestalozzi bedeutet Bildung Schulangebote für Kopf, Herz und Hand) ist eine Gefahr für unsere guten obligatorischen Schulen und für das Wohl unserer Kinder.

Sabina Geissbühler-Strupler, Lehrerin, Herrenschwanden BE

Es stellen sich für mich drei Fragen: Sind zwei (Früh-)Fremdsprachen in der Primarschule nicht für die Mehrheit der Kinder schon eine Überforderung? Werden heutzutage Kinder von den Eltern noch zu einer vernünftigen Zeit ins Bett geschickt, damit sie am Morgen auch ausgeschlafen sind? Angeblich ist der Leistungsdruck gestiegen. Warum aber ist dann aus Sicht der Lehrbetriebe der schulische Rucksack oft zu gering oder nicht vorhanden, um in einer Lehre bestehen zu können?

Paul Vogt, Witterswil SO

Noch nie wurden so viele negative Schlagzeilen über unser Schulwesen verbreitet, wie derzeit, warum wohl? Seit unser einst so erfolgreiches Vorzeige-Bildungssystem förmlich überrannt wurde durch immer neue Versuchsballons, kränkelt es an allen Ecken und Enden. Neben der Pflege der verursachten Wunden geht es offensichtlich heute hauptsächlich darum, die Nebenwirkungen dieser Experimente und die damit verbundenen Leiden von Schülern und Lehrpersonal zu kurieren.

Erwin Müri, Feldmeilen ZH

Ein Drittel unserer Schüler leidet offenbar an Burnout-Symptomen. Es wird über den angeblich sehr hohen Leistungsdruck geklagt. Stress entsteht aus einem Ungleichgewicht zwischen Auslösern (Stressoren) und Belastbarkeit des Individuums (Resilienz). Im Artikel sucht man vergeblich nach Angaben über die (verminderte?) Belastungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft unserer Schüler. Könnte es sein, dass diese durch die Verwöhnung unserer Jugend in der Wohlstandsgesellschaft bedingt sind?

Walter Lang, Uetikon am See ZH

Burnout bei Schülern nimmt erschreckende Ausmasse an

Zeit-Fragen 29.8.2018

Marita Koch, Stettfurt

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat eine erschreckende Zunahme von Burnout-Symptomen bereits bei jungen Schülern in der Schweiz festgestellt. Danach leidet jeder dritte Schüler an Burnout-Symptomen wie Kopfweg, Bauchweg, Schlafstörungen, Angstattacken, Schwindelgefühlen, Niedergeschlagenheit.

Wie ist das zu erklären? Die Schweiz ist eines der wohlhabendsten Länder der Erde, hier haben nahezu alle Menschen Anteil am Wohlstand, nicht nur eine Elite. Gesundheits- und Bildungswesen sind gut ausgebaut. Kaum jemand muss grosse Not leiden.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass es in den Familien grössere Probleme gibt als noch vor einigen Jahren. In der Regel erziehen Eltern ihre Kinder liebevoll, ein gutes

Familienleben ist ihnen wichtig.

Schauen wir den Teil an, der einen grossen Teil des Lebens der Kinder und Jugendlichen ausserhalb der Familie ausmacht: die Schule. Sich in der Schule zu bewähren, zu bestehen ist quasi der «Beruf» von Kindern und Jugendlichen. Hat sich hier etwas geändert? Die Prügelstrafe und entwürdigende Behandlungen sind Gott sei Dank abgeschafft. Die Schulen sind in der Regel hell, freundlich, sauber, warm und hervorragend ausgestattet. All das war nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Die Lehrpersonen sind gut ausgebildet (oder sie sollten es zumindest sein), sie sind gut bezahlt, so dass es auch an der Motivation nicht mangeln sollte. Es gibt so viel Unterstützung in Form von Heilpädagogik, Förderunterricht, verschiedenen Therapien wie nie zuvor. Die Schüler sind in der Regel gut genährt, gekleidet und vom Elternhaus gefördert. Was also fehlt, oder was läuft falsch?

Schauen wir uns an, wie das Unterrichtsgeschehen in vielen Schulen heute tatsächlich abläuft. In immer mehr Klassen müssen die Schüler sich den Stoff selbst erarbeiten. Sie bekommen eine kurze mündliche Einführung von der Lehrerin oder dem Lehrer. Dann arbeiten sie allein an einem Programm, oft auf Papier, zunehmend am Computer. Bereits Primarschüler, ja, teilweise schon Kindergärtler bekommen Wochenpläne, das heisst, sie müssen sich Arbeiten für die ganze Woche selbständig einteilen. Stofflich und inhaltlich müssen sie sich fast alles selber erarbeiten. Sie sind isoliert und allein gelassen. Wenn sie nicht weiterkommen, fragen sie einen Schulkollegen. Der ist vielleicht gerade mit etwas anderem beschäftigt oder kommt auch nicht «draus». Dann also die Lehrperson. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler berichten, dass sie oft lange aufstrecken, warten, bis die Lehrerin oder der Lehrer endlich Zeit hat. Und die fünf Minuten, die sie oder er sich dann mit der Schülerin oder dem Schüler beschäftigt, reichen qualitätsmässig nicht an 20 oder 30 Minuten Klassenunterricht heran, in denen sich alle gemeinsam im fragend-entwickelnden Unterricht etwas erarbeiten, dabei gegenseitig anregen, ermutigen und befruchten. Da das fehlt, geben viele auf und verzweifeln. Es gibt aber auch viele Schüler, die sich kaum getrauen, die Lehrperson zu fragen; es fehlt das Vertrauen, nicht blamiert zu sein, wenn man etwas nicht versteht oder überhaupt nichts versteht. Also wird das Problem nach Hause verschoben. Die Eltern sollen helfen. Sie sind die letzte Hoffnung. Aber diese kommen häufig auch nicht «draus», denn die Lehrmittel heute sind oft sehr kompliziert, ein Aufbau des Stoffs, der nachvollziehbar wäre, wird oft nicht geboten. Also geht die Schülerin oder der Schüler wieder in die Schule mit dem Erlebnis, ich kann es nicht, ich verstehe es nicht. Es ist zum Verzweifeln. Die nächste Prüfung aber kommt bestimmt, das Programm sieht sie unerbittlich vor. Die Schülerin und der Schüler wissen das. Die Prüfung wird angekündigt. Wundert sich da noch jemand, wenn Kinder und Jugendliche in der Nacht nicht schlafen können, das Vertrauen in sich selbst und ihre Mitwelt verlieren, niedergeschlagen und mit Bauchschmerzen durchs Leben gehen?

Wundern kann man sich eigentlich nur darüber, dass das in der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen wird. Der Verein Ostschweizer Kinderärzte weist schon lange auf den Zusammenhang zwischen zunehmenden somatischen Beschwerden von Kindern und der Überforderung durch die Individualisierung hin. Die Individualisierung ist die schlimmste Sünde der jüngsten Schulreformen. Sie lässt Kinder, die sonst gern und freudig in Beziehung zur Lehrerin und den Schulkollegen lernen würden, die Erfolg beim Lernen hätten, nicht nur allein, sondern stösst sie auch in Verzweiflung und Ausweglosigkeit. Wieso erkennt man nicht den Irrweg und ändert das wieder? Nichts wäre einfacher, als wieder den Klassenunterricht einzuführen. Es wäre eine Erholung und eine Genugtuung für Schüler und Lehrer (und eine Erleichterung für die Eltern). Diese Umstellung würde nicht einmal Geld kosten. Nur die Lehrer-Studenten, die sowieso ausgebildet werden müssen, müsste man wieder vernünftig auf die Führung einer Klasse vorbereiten; auf den fragend-entwickelnden Unterricht, darauf, jedes Kind im Auge zu haben, am einzelnen

Kind und seinen Lebensäusserungen Freude zu haben, jedes in die Gemeinschaft einzubeziehen, auf eine Kultur, in der Lernen und Noch-nicht-Können zur gemeinsamen Bereicherung beitragen.

Sind da wirklich einfach nur die Eltern schuld?

Sonntagszeitung 18.8.2018

Arthur Rutishauser, Chefredaktor Tamedia

Schon elfjährige Kinder leiden an einem Burn-out. Höchste Zeit, dass auch die Politik zu ihrer Verantwortung steht.

Wie kann es sein, dass Kinder schon mit elf Jahren «ausbrennen» oder «durchbrennen», also an einem Burn-out leiden? Nicht eines, sondern jedes dritte, weil die Schule zu sehr drückt. Unser Bild der Kinder ist doch ein ganz anderes, wenn wir sie schreien und toben hören. Sind da nicht die Eltern schuld? Arbeiten die Mamis zu viel, und würde sich das Problem nicht lösen, wenn sie wieder mehr zu Hause am Herd stünden? Burn-out ist schliesslich kein plötzlich auftretendes Ereignis – niemand geht abends gesund ins Bett und erwacht am Morgen mit einem Burn-out, heisst es in den Ratgebern.

Das mag zwar stimmen, aber Schuldzuweisungen taugen selten zur Ursachenforschung. Es lohnt sich, nachzufragen, wie sich denn ein Burn-out bei einem Kind oder Jugendlichen normalerweise auswirkt. Die typische Geschichte einer Erschöpfungsdepression sieht so aus: Ein Mädchen hat massive Schlafstörungen, auch tagsüber kommt es nicht zur Ruhe. Es hat Angst vor jeder Prüfung. Es weint schnell, manchmal ohne jeden Anlass, und isst kaum mehr. Es jammert: «Ich bin doch nichts wert», und sagt: «Ich kann nicht mehr.» Meist sind es Mädchen, die so reagieren, Mädchen sind häufiger von Burn-out betroffen. Jungen reagieren eher offensiv-aggressiv bei Überforderung. Sie streiken beim Lernen. Das hilft oft, zumindest bislang. Denn seit neuestem kommen auch Buben mit Erschöpfungssymptomen zu den Therapeuten.

Sie können auch nicht mehr. Warum ist das so? Man kann es nur erahnen. Prüfungen gab es schon immer, doch Schule, Aufgaben, Sport, Musikunterricht, manchmal 12 Stunden am Tag, nicht. Ständig ein «Kürsli», auch in der Freizeit. Nicht aus Spass, sondern mit Förderung der Begabten. Ein Nachmittag beim Spielen mit Freunden? Bloss nicht, es könnte ja sein, dass die Jungmannschaft etwas Verbotenes tut. Insofern sind manche Eltern nicht unschuldig.

Mitschuldig ist aber auch die Schule, auch wenn das die Damen und Herren Erziehungsdirektoren nicht hören wollen. In den letzten Jahren wurde immer mehr Stoff reingepackt. Französisch in der Primarschule, Englisch am liebsten schon im Kindergarten. Programmieren? Gern auch noch – glücklicherweise können es die meisten Lehrer nicht. Wenn es aber darum geht, etwas abzuschaffen, Handarbeit, Kochen oder gar den Religionsunterricht, dann droht der Untergang des Abendlands, der Untergang der Wirtschaft, oder der Zusammenhalt der Schweiz ist in Gefahr. Da ist es viel einfacher, den Kindern schlechte Noten zu geben, wenn sie nicht mitkommen, und den Eltern zu sagen, ihre Sprösslinge seien Schulversager. Höchste Zeit, dass das ändert und die Politik zu ihrer Verantwortung steht. (Tages-Anzeiger)

Abwertung des Lehrerberufs

NZZ 29.8.2018, Zuschriften

Dass wirklich, wie Beat Zemp meint, den angeblich nicht zeitgemässen Löhnen die Hauptschuld für den Lehrermangel zugeschoben werden kann, wage ich zu bezweifeln («Gesucht: Männer für die Schulzimmer», NZZ 21. 8. 18). Die Situation bei der nötigen Anzahl von Lehrkräften änderte sich schon oft: bald zu wenig, bald zu viel, Ursachen wechselnd. Heute aber stehen wir vor einer entscheidenden Entwicklung. Der Lehrerberuf ist im Begriffe, massiv abgewertet zu werden. Bis anhin konnte eine Lehrperson vor einer Klasse stehen, sie genoss grosse Methodenfreiheit, leitete die Geschicke der Gemeinschaft in interessanten Klassengesprächen, wurde von administrativem Krimskrams weitgehend verschont und war gleichberechtigtes Mitglied in einem Schulhausteam, in dem es keinen Chef gab. Punkto Arbeitszeit wurde ihr grosses Vertrauen entgegengebracht, was manche Lehrkräfte dadurch dankten, dass sie zugunsten von mannigfaltigen schulischen Aktivitäten gerne auch Freizeit opferten.

Heute hat eine Lehrperson nach Lehrplan 21 zu unterrichten, die Methodenfreiheit ist nur noch Theorie, die Devise lautet: je weniger Frontalunterricht, desto besser, lediglich noch quasi als Coach an der Seitenlinie leitet sie die Kinder an, welche – eine Illusion – «selbstorganisiert» lernen sollten. Bürokratie und Administration sind rasant gewachsen, und wie in einer Privatfirma befiehlt ein Boss, wo's lang geht. Belastend finden viele Lehrpersonen auch, dass nun mit zusätzlichem Aufwand über die Arbeitszeit peinlich genau Buch geführt werden muss, was im Endeffekt überhaupt nichts bringt. Dieser Paradigmenwechsel bleibt natürlich nicht verborgen. Man begreift, dass junge Leute und potenzielle Quereinsteiger die Nase rümpfen. Mit ihrem massiven Umbau der Schullandschaft haben die Bildungsverantwortlichen weit über das Ziel hinausgeschossen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Zu wenig Zeit, individuell zu fördern

Tages-Anzeiger 210.8.2018, Debatte, Leserbrief

Schule Die Hälfte aller Heilpädagogen ist nicht für ihre spezielle Aufgabe ausgebildet, TA vom 18.8.

Nach der Ausbildung als Primarlehrerin nahm ich eine Stelle als integrative Förderlehrperson (IF) an und begann, wie vom Kanton Luzern gefordert, parallel dazu an der Hochschule Einführungskurse zum Thema Heilpädagogik in der Regelschule zu besuchen. Ich nahm mir zudem vor, nach dem ersten Berufsjahr parallel zur Stelle als IF-Lehrerin den Master Heilpädagogik zu absolvieren. Doch bereits nach zwei Monaten im Beruf merkte ich, dass die gelernte Theorie und die Praxis zwei Paar Schuhe sind. Was von Dozierenden im Fachbereich Heilpädagogik «gepredigt» wird, ist im Schulalltag nicht umsetzbar. Die drei bis vier Lektionen, die ich als IF-Lehrperson pro Klasse zu Verfügung habe, reichen einfach nicht, um individuell zu fördern. Ich verspürte mehr und mehr eine innere Unzufriedenheit, die mich dazu veranlasste, mich letztlich gegen ein Masterstudium zu entscheiden. Ich habe Arbeitskolleginnen, die die gleichen Erfahrungen gemacht haben wie ich und ebenfalls einsehen mussten, dass den Lernenden aus Zeit- und Geldmangel nicht so geholfen werden kann, wie sie es brauchten.

Noemi Hermann, Luzern

Vieles vergessen

NZZ 28.8.2018, Meinung & Debatte, SEITENBLICK

Von KONRAD PAUL LIESSMANN

Bei einer Utopie-Konferenz, die vor kurzem an der Universität Lüneburg stattfand, wurde auch über Bildung gesprochen. Die Zukunft, so hörten wir, werde ganz andere Formen des Lernens verlangen. Vor allem werde es nicht mehr um einen Stoff gehen, dieses Wort sollte verboten werden, und auch nicht mehr um ein Lernen im rein kognitiven Sinn, denn alle Untersuchungen zeigten, dass das meiste, was Kinder und Jugendliche in Schulen lernten, wieder vergessen werde.

Nur das, so die These, was mit starken emotionalen Erfahrungen und Erlebnissen verbunden sei, bleibe im Gedächtnis.

All das ist zwar keine Zukunftsmusik, sondern gehört seit langem zum rhetorischen Arsenal der Reformpädagogik, aber es klingt trotzdem noch immer plausibel.

Schaut man jedoch genauer hin, entdeckt man an dieser beliebten Kritik einer angeblich antiquierten Lernkultur selbst einige erschreckende Züge. Man stelle sich vor, es gelänge tatsächlich, Kinder und Jugendliche ununterbrochen so mit emotionalen Erfahrungen zu versorgen, dass sie diese nie mehr vergessen könnten: Solch eine Schule wäre zweifellos die Hölle.

Dass Leerläufe und die Möglichkeit, sich innerlich zu dispensieren, essenziell zur Logik des Lernens gehören, hat eine erfahrungsversessene Pädagogik leider vergessen.

Vergessen hat die Pädagogik aber auch, über das Vergessen selbst nachzudenken. Der Sinn des Lernens im Zuge von Bildungsprozessen besteht nämlich nicht darin, sich alles für alle Zeiten zu merken.

Das Gedächtnis ist keine Festplatte, auf der etwas gespeichert und danach jederzeit wieder abgerufen werden kann, sondern es arbeitet prinzipiell selektiv.

Leben selbst, nicht nur Lernen, ist ein Wechselspiel von Erinnern und Vergessen. Es kann sinnvoll sein, den Versuch zu unternehmen, etwas Gelerntes zu behalten, indem man ständig daran weiterarbeitet, es kann aber auch sinnvoll sein, etwas nur für eine bestimmte Situation zu lernen und dann wieder zu vergessen.

Das Vergessen hinterlässt Spuren. Wer etwas lernt und dann wieder vergisst, ist deshalb ein anderer als der, der nicht durch diesen Prozess gegangen ist. Gelesene Bücher, deren Inhalt man mehr oder weniger vergessen hat, sind etwas ganz anderes als ungelesene Bücher.

Und wenn Bildung etwas mit dem Kennenlernen unterschiedlicher Formen und Disziplinen des Wissens zu tun hat, mit der Auseinandersetzung mit verschiedenen Konzepten der Weltdeutung und Weltbegegnung, dann bedeutet dies immer auch, sich irgendwann auf einiges davon zu konzentrieren und anderes allmählich wieder zu vergessen. Aber hätte man nicht die Möglichkeit gehabt, vieles zu lernen, hätte man bestimmte Wege nicht einschlagen können. Unterricht auf das beschränken zu wollen, was später nützt, ist deshalb immer der falsche Ansatz. Niemand weiss, was später nützen wird.

Die alltagssprachliche Rede, dass man auch im Geistigen manches erst verdauen müsse, weiss, wovon sie spricht.

Natürlich soll man lernen, um etwas zu erfahren und zu wissen. Man muss dazu aber nicht nur viel aufnehmen, sondern vieles auch wieder ausscheiden, um das zu behalten, was letztlich die Bildung ausmacht. Lehrerinnen und Lehrer sollten sich ruhig dazu bekennen, dass sie Dinge lehren – ja: einen Stoff anbieten –, von denen vieles früher oder später

wieder vergessen werden wird. Aber jeder Schüler, jede Schülerin wird anders und anderes vergessen.

Und genau darum geht es.

Konrad Paul Liessmann ist Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien. Es gibt keine Fragen, die seiner Kolumne fremd sind.

Postulat zur Sonderpädagogik im Kanton Zürich

Der Kantonsrat hat dem Regierungsrat am 19. September 2016 folgendes von Kantonsrat Peter Ritschard, Zürich, Kantonsrätin Anita Borer, Uster, und Kantonsrat Christoph Ziegler, Elgg, am 23. Februar 2015 eingereichte Postulat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen:

Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Gesamtbilanz zu den Auswirkungen der aktuellen Organisation der Sonderpädagogik auf die Volksschule zu erstellen. Aufwand und Ertrag sollen einander gegenüber gestellt und der schulische Erfolg ausgewiesen werden. Alternative Möglichkeiten sind zu analysieren. Mit der Evaluation soll ein unabhängiges wissenschaftliches Team beauftragt werden.

(Beschluss des Kantonsrates vom zum Postulat KR-Nr. 67/2015 vom 27. August 2018 (?) betreffend Überprüfung Organisation der Sonderpädagogik der Volksschule bezüglich Aufwand und Ertrag sowie Nachhaltigkeit des schulischen Erfolgs)

mw: Zusammenfassung der Ergebnisse des Regierungsrats:

- Lernleistungen: Schulleistungsschwache Schülerinnen und Schüler würden von der integrativen Förderung profitieren. Auf die leistungsstärkeren Kinder habe die Integration keine negativen Auswirkungen. Es gebe keine Anzeichen für sinkenden Schulerfolg einer integrierten Klasse. (Kommentar mw: ohne Belege, nur mit Verweis auf ungenannte «Meta-Analysen»)
- Bildungsverläufe in der Volksschule: Der Anteil von Schülerinnen und Schülern in Sonderklassen in den Schulgemeinden ist stark gesunken, auf der Primarstufe waren innert zwei Jahren (vom Schuljahr 2010/2011 bis 2013/2014) rund 80 % (!) in Regelklassen integriert. (Kommentar mw: Ein ausserordentlicher Kraftakt ohne Gewissheit über dessen Folgen!)
- Angebot an den Schulen: «Die integrative Förderung erfordert eine Stärkung der Tragfähigkeit von Regelklassen. Die Schule ist so zu gestalten, dass sie auf eine grosse Bandbreite von Lern- und Entwicklungsvoraussetzungen bei den Schülerinnen und Schülern reagieren kann und diese in die Schulgemeinschaft integrieren und ihnen Lernen und Bildung in angemessener Weise ermöglichen kann.» (Kommentar mw: Ein beeindruckender Bandwurmsatz – die Frage, ob dies gelingt, bleibt aber offen!)
- Möglichkeiten zur Steuerung und Weiterentwicklung: Schulgemeinden mit «qualitativ hochstehender integrierter Schulung» hätten «grössere Erfolge bei der Integration» bzw. eine «geringere Sonderschulungsquote» (Kommentar mw: Auch dies sagt nichts über den Lernerfolg der einzelnen Schüler aus.)

Aus der Schlussfolgerung des Regierungsrates: Die «Strategie der integrativen Förderung» ist «auch aus finanziellen Gründen lohnenswert, weil die Sonderschulung höhere Kosten verursacht als die Schulung in Regelklassen.» (Kommentar mw: Das ist vermutlich des Pudels Kern.) [Bericht und Antrag des Regierungsrates](#)

Kommentar von Anita Borer

Die Postulatsantwort ist leider sehr oberflächlich ausgefallen. Es werden keine konkreten Vergleiche gemacht, weshalb eine tatsächliche Lagebeurteilung weiterhin schwierig ist. Beim Lesen hat man den Eindruck, das Resultat sei so gezimmert worden, dass es zum heutigen bedauerlichen Zustand passt.

Fakt ist, dass das Thema vielen Gemeinden sowie betroffenen Lehrkräften und Eltern unter den Nägeln brennt. Die Integration von Sonderschüler in Regelklassen macht in gewissen Fällen durchaus Sinn. Die heute praktizierte Integration um jeden Preis belastet jedoch den Schulbetrieb stark und führt zum Teil zu grosser Unruhe in den Regelklassen. Um der erschwerten Situation gerecht zu werden, werden mehr Heilpädagogen angestellt und Schülerinnen und Schüler, die früher in Besonderen Klassen (einst Kleinklassen) aufgefangen werden konnten, werden vermehrt in teure Sonderschulheime «abgeschoben». Die in der Postulatsantwort genannten Mehrkosten in den Bereichen Sonderschulung und Schulische Heilpädagogik bestätigen diese Entwicklung zahlenmässig. Die Schulgemeinden haben entsprechend mit dieser Kostensteigerung zu kämpfen.

Die Aussage, dass leistungsschwache Schülerinnen und Schüler von der integrativen Förderung profitieren würden, ist spekulativ, da die Einflussfaktoren vielfältig sind und nicht konkret auf die integrative Förderung zurückgeführt werden können. Im Gegensatz dazu gibt es unzählige Stimmen, die diese Integration sowohl für leistungsschwache als auch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler als Belastung empfinden. Es ist erwiesen, dass sowohl leistungsschwache als auch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler in Klassen mit ungefähr gleich starken Kolleginnen und Kollegen erfolgreicher sind, weil so auf beide Gruppen gezielter eingegangen werden kann.

Veranstaltungshinweise

Öffentlicher Vortrag über aktuelle Schulreformen sowie den Lehrplan 21

Einladung

Öffentlicher Vortrag über aktuelle Schulreformen sowie den Lehrplan 21
mit anschliessender Diskussion

Referentin: Frau Dr. Judith Barben,
Lehrerin, Psychologin und Buchautorin

Moderation: Frau Irene Herzog,
Präsidentin Bürgerforum Freienbach, Pfäffikon

Dienstag, 4. September 2018, 20.00 Uhr
Gasthof zum Löwen, Meilen (Foyer)

Schule und Pädiatrie im transkulturellen Spannungsfeld



VORTRAGSREIHE
«SCHULE & PÄDIATRIE»

Schule und Pädiatrie im transkulturellen Spannungsfeld

MITTWOCH, 19. SEPTEMBER 2018, 18.30 – 20.30 UHR



Referenten:

Prof. Dr. Andrea Lanfranchi (Meilen)

Rosa Plattner (Mütter und
Väterberatung St. Gallen)

Mittwoch, 19. September 2018, 18:30

[Mehr...](#)

Bildschirmmedien und Kinder



Die Sicht der Pädiatrie und Kognitionswissenschaft mit

Uwe Büsching

Gertraud Teuchert-Noodt

Politische Vorgaben, Prävention und Lösungsansätze mit

Thomas Breyer-Mayländer

Michael Zieher

Sonja Hoffmann

Aspekte aus Technik und Ökonomisierung von Bildung mit

Peter Hensinger

Ingo Leipner

Ralf Lankau

Donnerstag 20. Oktober 2018

[Mehr...](#)